

Wochenkommentar zur Krise des Stahlwerks und zur Frage: Ist der Verzicht auf Industriepolitik eine Religion?

Wer die Zeichen der Zeit erkennt, rettet Gerlafingen

Das Stahlwerk Gerlafingen im Kanton Solothurn ist mit rund 500 Arbeitern kein Grossunternehmen, und seine Rettung würde den Bund vorübergehend bloss ein paar Millionen Franken kosten. Trotzdem wird die Frage, ob das Unternehmen bei den Stromkosten entlastet werden soll, zu einem ordnungspolitischen Bewährungstest erster Güte stilisiert.

Die Gralshüter des Wirtschaftsliberalismus – oder dessen, was sie dafür halten – gehen aufs Ganze. Sie beschwören «das Ende des Verzichts auf Industriepolitik» (NZZ), sehen «das liberale Erfolgsmodell Schweiz» in Gefahr («Nebelspalter»), sollte dem Stahlwerk geholfen werden.

Man staunt, wie viel publizistische und politische Energie darauf verwendet wird, in Gerlafingen nichts tun zu müssen. Als stünde ein Dammbuch bevor. Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin fragte in dieser Zeitung mit Bange: «Was, wenn eine andere Branche in die Krise gerät – zahlen wir dann auch?»

Die Antwort ist einfach. Wir haben längst gezahlt, und wir tun es nonstop. Beim Kollaps der Credit Suisse gingen Bund und Nationalbank mit sagenhaften 259 Milliarden Franken ins Risiko. Die Landwirtschaft wird mit jährlich 3,5 Milliarden Franken subventioniert, weitere private Wirtschaftszweige mit 1,8 Milliarden. Die Cleantech-Industrie wird unter dem Titel Klimaschutz gestützt, unter anderem via Stromzuschläge und Netzgebühren, die Gerlafingen zugrunde richten. Ganz zu schweigen von den Milliarden-Spritzen für Unternehmen während der Covid-Krise.

Die Industriepolitik, dieses Schreckgespenst, ist also schon da. Das allein heisst noch nicht, dass sie richtig ist. Ihre Abwesenheit wäre wünschenswert. Ohne Industriepolitik kann sich die Wirtschaft am besten entfalten. Altes verschwindet, Neues entsteht, Schumpeter nannte das «schöpferische Zerstörung». All das lernte man im Wirtschaftsstudium, zumindest bis vor kurzem, und es stimmt in einer offenen, globalisierten Wirtschaft ja

auch. Nur haben wir die nicht mehr. Protektionismus und die Entkopplung von Wertschöpfungsketten sind weit fortgeschritten.

Anschauung bieten die USA. Die Trump-Bewegung entstand in den Industrierüsten fernab der Dienstleistungsmetropolen an den Küsten. Frühere US-Regierungen hatten zugelassen, dass Fabriken nach China verlagert wurden. Das machte einen Präsidenten Trump 2016 erst mög-

«Nichts tun als Dogma? Das hiesse, in Reinheit zu sterben.»

lich. 2024 formte er aus den Republikanern eine Arbeiterpartei, die auf Neoliberalismus pfeift und die Interessen des eigenen Landes und der einfachen Leute über alles stellt, auch mit Zöllen und staatlichen Eingriffen.

Man mag das bedauern, und die Schweiz mit ihrem kleinen Heimmarkt ist nicht die USA. Trotzdem sollten die Gralshüter der alten Ordnung die Zeichen der Zeit erkennen. Im Fall von Gerlafingen heisst das: Die umliegenden Länder stützen in der Krise ihre Stahlwerke, und einzig die Schweiz soll dogmatisch darauf verzichten? Das hiesse, in Reinheit zu sterben. Das deindustrialisierte England zeigt, wohin solcher Dogmatismus führt. Ist eine Industrie erstmal weg, kommt sie nie wieder.

«Verzicht auf Industriepolitik» ist als Grundsatz richtig, sollte aber nicht zur Religion werden. Denken muss erlaubt bleiben. Gerlafingen ist nicht nur ein Stahlwerk, sondern auch das grösste Recycling-Unternehmen der Schweiz. Alter Stahl, der sonst mit

Lastwagen ins Ausland gefahren würde, wird eingeschmolzen und zu hochwertigem Neustahl verarbeitet. Das ist konkreter Klimaschutz, der sonst für jegliche Subvention gut ist.

Den Solothurner Politikerinnen und Politikern, die sich parteiübergreifend für Gerlafingen einsetzen, wird jetzt aus Elfenbeintürmen in Zürich und Bern Populismus vorgeworfen. Zu Unrecht. Man sollte auf sie hören.

Denn die hohen Energiepreise dürften noch andere Unternehmen in Schwierigkeiten bringen. Sie sind ein wichtiger Grund für die Industriekrise in Deutschland. Es braucht wohl Senkungen auf breiter Front, damit die Schweiz wettbewerbsfähig bleibt. Gerlafingen ist ein Weckruf.



Patrik Müller
patrik.mueller@chmedia.ch

Kommentar zur Wahl von Swiss Olympic

Ruth Metzler muss jetzt liefern

Der Schweizer Sport wird endgültig weiblich. Im Bundesrat wacht Viola Amherd über die schönste Nebensache der Welt. Im Bundesamt für Sport in Magglingen hat mit Sandra Felix erstmals eine Frau übernommen – sie immerhin eine Bündnerin. Der Exekutivrat des Dachverbands Swiss Olympic wird an seinen Sitzungen eine Frauenmehrheit erleben, und an seiner Spitze steht mit Ruth Metzler ebenfalls eine Frau.

Der Weg ins Präsidium war für Metzler zwar alles andere als ein Selbstläufer. Denn als die Schweizer Leichtathletik sie im Februar zur Kandidatin für das Präsidium bei Swiss Olympic nominierte, schien das Rennen gelaufen, bevor es überhaupt begonnen hatte. Noch nie stand eine so hochdekorierte Politikerin auf der Startlinie.

Doch der Bündner Super-Sportfunktionär Markus Wolf machte die Entscheidung zur Systemfrage. Er blieb bis zum

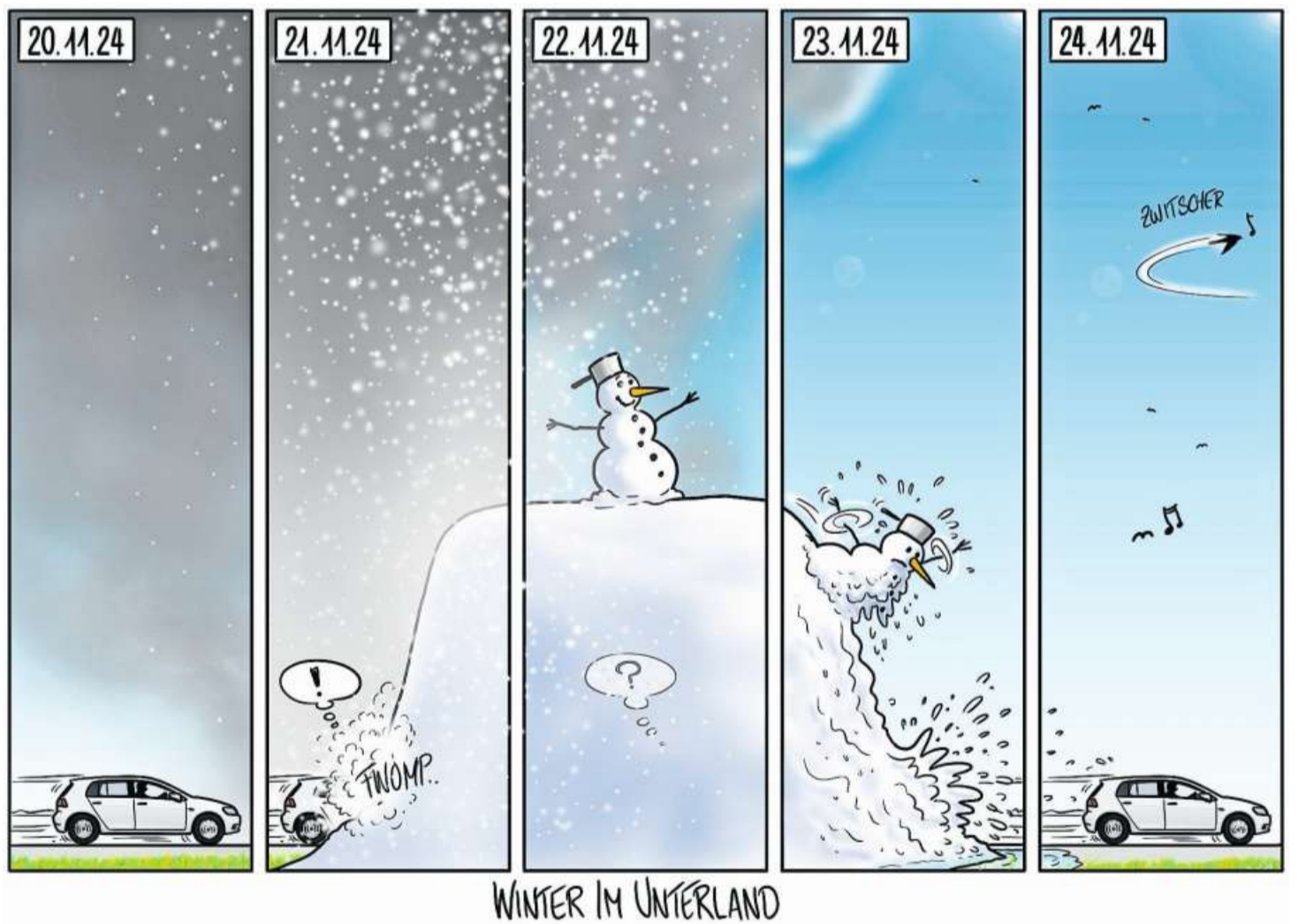
Schluss optimistisch, eine Mehrheit für seinen Weg hinter sich vereinen zu können. Doch Ruth Metzlers politische Routine setzte sich offensichtlich auch bei der Lobbyarbeit entscheidend durch.

Suchen Vertreter aus der Politik im Sport nur eine Bühne, um sich zu sonnen? Ein neues Jöblein, um nicht in Vergessenheit zu geraten? Auch Ruth Metzler musste sich solchen Vorwürfen aussetzen. Die 60-Jährige hat sich vehement davon distanziert.

Nun aber muss sie liefern. Der Sport soll effektiver werden, die Verbandsarbeit effizienter. Kann eine Quereinsteigerin die notwendigen Akzente setzen? Es ist mehr als zwei Jahrzehnte her, seit Metzler politisch auf höchster Ebene wirkte. Es liegt an ihr, zu beweisen, dass sie fit genug ist, um die enormen Hoffnungen in sie zu erfüllen.

Rainer Sommerhalder
rainer.sommerhalder@chmedia.ch

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



Die Abnehmspritze könnte Fettleibigkeit erst recht stigmatisieren

Übergewicht ist eine Krankheit – selber schuld, wer sich nicht heilt?

Nun ist es quasi amtlich: Wer Übergewicht hat, ist nicht selber schuld. Ein diese Woche publiziertes Urteilteil des Bundesgerichts kommt zum Schluss, dass Adipositas eine Krankheit ist, die nicht immer aus eigenem Willen überwunden werden kann.

Grosse Erleichterung. Ein tiefes Ausatmen ist zu vernehmen, der eingezogene Bauch wölbt sich gleich

wieder ein bisschen. 43 Prozent der Menschen in der Schweiz sind übergewichtig, 12 Prozent sind adipös. Viele fühlen sich stigmatisiert. Da hilft es, zu hören, dass man womöglich gar nichts für die überzähligen Pfunde kann.

Auch die Pharmabranche teilt diese Ansicht. «Übergewicht ist nichts anderes als eine chronische Krankheit, genauso wie Alzheimer oder Par-

kinson», sagt der Roche-Manager Manu Chakravarthy im Interview mit dieser Zeitung. Wenn man Fettleibigkeit als Krankheit sieht, dann muss man sie auch heilen wie eine Krankheit.

Das Gute für die Betroffenen und für die Pharmabranche ist: Mit der sogenannten Abnehmspritze Wegovy und ähnlichen Präparaten gibt es wirksame Medizin gegen

Übergewicht. Um bis zu 15 Prozent lässt sich damit das Körpergewicht reduzieren – Willenskraft ist keine Voraussetzung.

Führt das Übergewicht zu Folgeerkrankungen oder ist der Bodymassindex von 30 überschritten, bezahlt die Grundversicherung der Krankenkassen das Medikament. Der Bundesrat schätzt, dass so Mehrausgaben von

jährlich 100 Millionen Franken entstehen. Das ist eine Folge der behandelbaren Krankheit.

Eine andere: In der Gesellschaft dürfte sich die Perspektive auf das Übergewicht noch einmal wandeln: Wer künftig noch fettleibig ist, der ist selber schuld. Schliesslich gibt es ja ein Mittel dagegen. Wenn Fettleibigkeit nicht mehr nur als eine Frage des

Willens, sondern als eine heilbare Krankheit betrachtet wird, dann könnten diejenigen, die weiterhin übergewichtig sind, erst recht stigmatisiert werden. Jene also, bei denen die Therapie nicht anschlägt, die Angst haben vor Nebenwirkungen – oder denen ein paar Kilogramm mehr einfach egal sind.

Raffael Schuppisser
raffael.schuppisser@chmedia.ch